



Amtsgericht Gammersbach

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Montag, 17.08.2026, 11:00 Uhr,

I.. Etage, Sitzungssaal 113, Steinmüllerallee 1a, 51643 Gammersbach

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Bergneustadt, Blatt 10415,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Bergneustadt, Flur 6, Flurstück 4646, Erholungsfläche, Burstenweg,
Größe: 2 m²

Grundbuch von Bergneustadt, Blatt 10415,

BV lfd. Nr. 2

Gemarkung Bergneustadt, Flur 6, Flurstück 4719, Erholungsfläche, Burstenweg,
Größe: 629 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um ein mit einem Doppelhaus bebautes Grundstück in Bergneustadt, Jahnstraße 9 + 9a aus dem Baujahr 2020 und 2022. Das Objekt 9 ist eigengenutzt. Das Objekt 9a ist vermietet. Die Wohnfläche beträgt rund 102 m² je Haus. Die Haushälften sind in Fertigbauweise errichtet, baugleich und von außen insgesamt verputzt mit Wärme-Dämm-Verbundsystem.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 11.01.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

521.600,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- | | |
|---|--------------|
| - Gemarkung Bergneustadt Blatt 10415,
Ifd. Nr. 1 | 100,00 € |
| - Gemarkung Bergneustadt Blatt 10415,
Ifd. Nr. 2 | 521.500,00 € |

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.